

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 16 (1975)  
**Heft:** 22

**Rubrik:** Mitteilungen

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# FACETTEN zum Alltag drüben

## Sozial oder asozial?

Ist die Weiterführung des vollen Lohnes im Krankheitsfalle sozial oder asozial?

Im Westen ist das wohl keine Frage, schon gar, wenn das erstrebte Gut der sozialen Sicherheit zur Debatte steht. Aber im Osten ist das eine Frage. Auch wenn das nicht zu den gemeinüblichen Vorstellungen des Westens vom Osten gehört.

In Polen will man jetzt von der vollen Ausgleichszahlung, die erst kürzlich eingeführt worden war, wieder abrücken. Und dieses Zurückstecken gilt als Gebot der sozialen Gerechtigkeit.

Zu den Neuerungen nach den Dezemberunruhen von 1970 hatte es gehört, dass man die Krankheitsentschädigungen an hob, die zuvor 70 Prozent des normalen Gehaltes betragen hatten. Zwischen Sommer 1972 und Sommer 1974 wurden sie stufenweise für alle Arbeitnehmer auf 100 Prozent des Grundlohnes erhöht. Indessen hat sich das laut Gierek anscheinend auf die Arbeitsdisziplin in einer Weise ausgewirkt, die «uns Sorge macht».

«Militärexpansion und Hegemonismus der sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten sind keineswegs zufälliger Art. Vielmehr sind sie bestimmt durch das politische System der faschistischen Diktatur auf der wirtschaftlichen Basis des staatsmonopolistischen Kapitalismus. (...)»

Im Vergleich zum Kapitalismus (der westlichen Länder) ist der sowjetische Kapitalismus monopolistischer, konzentrierter und enger kontrolliert. Sein gesamtes Wirtschaftsleben einschliesslich der Kriegsindustrie wird direkt von der revisionistischen

## Zitiert...

Renegatenclique kontrolliert, die den Staatsapparat in ihren Händen hält. (...) Ihre Politik nach dem Motto „Kanonen statt Butter“ hat die sowjetische Volkswirtschaft weitgehend in eine Kriegswirtschaft umgewandelt. Seit 1953 sind laut offiziellen Angaben 85 Prozent der Industrieinvestitionen der Schwerindustrie zugeführt worden, und hier wiederum zu einem erheblichen Teil der Rüstungsindustrie. Zum Ausbau der Konsumgüterproduktion blieben nur die restlichen 15 Prozent der Investitionen übrig.»

«Rote Fahne», Peking, zitiert in Hsinhua, 7. Oktober 1975

So gab der Parteichef in einer Rede vor Parteimitgliedern des Kohlenbergwerks Sosnowiec am 17. September bekannt, dass die Prinzipien der Krankheitsentschädigung neu geregelt werden müssten. Und zur Begründung führte er (laut «Trybuna Ludu», 20./21. September 1975) aus:

«Es ist immer schwieriger, etwas wieder zu nehmen als etwas zu geben. Aber ich bin genötigt, zum Beispiel auf folgendes hinzuweisen: Falls wir nächstes Jahr die Aenderung nicht einführen würden, hätten wir 3,5 bis 4,0 Milliarden Zloty zusätzlich zu dem aufzuwenden, was wir bis zum Ende dieses Jahres bereits für Krankheitskosten ausgeben werden. Was aber würde das bedeuten? Es würde bedeuten, dass Leute, die nicht arbeiten, eine Menge Geld erhielten, während jenen, die arbeiten, die geplante Lohnhöhung vorenthalten bliebe. Das ist unausweichlich so, denn man kann nicht grenzenlos mit den Ressourcen des staatlichen Budgets spielen. Verfügbar ist eine bestimmte Geldsumme; man kann sie bloss so oder anders verwenden. Und in diesem Falle können die Drückeberger, falls die Angelegenheit nicht unter Kontrolle gebracht wird, sich vollessen und das konsumieren, was für andere Zwecke vorgemerkt ist, namentlich für höhere Entlohnung der Leute, die ehrlich arbeiten.»

Soweit die Argumentation Giereks. Man kann ihr folgen oder nicht. Aber in welchem Fall erhält man hierherum den Stempel der asozialen Einstellung?

## Service mal compris

In einer gross aufgezogenen Kampagne bemüht man sich in Rumänien, etwas abzuschaffen, was es in der sozialistischen Gesellschaft ohnehin nicht gibt. In diesem speziellen Fall geht es um Trinkgelder. Ihr Wiederaufleben hat die Parteizeitung «Scinteia» diesen Herbst in einer ganzen Reihe von Beiträgen gebrandmarkt. Unter anderem unter Bezug auf den Arbeitskodex vom Dezember 1974, der «kompromisslose Feindschaft gegenüber jeglichem Bemühen» postuliert, «der Gesellschaft bei der Güterverteilung mehr abzufordern, als einem gemäss den sozialistischen Prinzipien zusteht».

Eigentlich wäre die Annahme von Trinkgeldern nicht nur verpönt, sondern auch verboten. Bei Beträgen unter 100 Lei können Bussen in der Höhe von 250 bis 1500 Lei erhoben werden. Uebersteigt die Deliktsumme 100 Lei, ist eine Strafverfolgung gemäss Artikel 71 g/h des Strafgesetzbuches oder gemäss Gesetzesverordnung Nr. 3/1972 einzuleiten. Trinkgelder in dieser Höhe (100 Lei haben eine Kaufkraft von etwa 40 bis 50 Franken; ein Arbeiter verdient im Monat 700 bis 800 Lei) dürften freilich eher eine Bestechung unter euphemistischem Namen darstellen.

Defizient geworden ist allerdings in jüngerer Zeit der moralische Druck. Jahrelang waren in Geschäften und Dienstleistungsbetrieben (einschliesslich Taxis) Aufschriften angebracht gewesen wie «Trinkgelder sind entehrend». Im Bukarester Arbeitsvermittlungsamts für Rentner hatte ein Plakat rhetorische Fragen gestellt: «Mitbürger, warum sucht ihr uns zu bestechen? Warum wollt ihr uns unauffällig Geld in die Taschen oder unter die Pultdeckel schieben? Bemerkte ihr nicht, dass ihr uns beleidigt?»

Diese Ermahnungen sind, so musste «Scinteia»

feststellen, heute weitgehend verschwunden. Und zwar nicht etwa deswegen, weil das entwickelte sozialistische Bewusstsein sie überflüssig gemacht hätte. Sondern deswegen, weil das Bewusstsein abhanden gekommen ist, dass Trinkgelder etwas Schlechtes sind. Sogar Parteivertreter in den fraglichen Stätten hatten den Sinn des Kampfes nicht mehr verstanden, und an den Betriebsversammlungen hatten die Teilnehmer das Thema nicht mehr zur Debatte gebracht. Die Direktoren stünden der Sache gleichgültig gegenüber: Wenn es gewünscht werde, könne man ja die Plakate wieder aufhängen (um Ruhe zu haben).

Interessanterweise hat «Scinteia» auch eine Umfrage unter Empfängern und Spendern von Trinkgeldern gemacht. Erstere verteidigten sich unterschiedlich (ein Kellner fragte, ob es denn kriminell sein könne, etwas anzunehmen, was einem die geachteten Mitbürger zuhalten). Letztere argumentierten sehr einheitlich: Wie denn sonst könne man zu seiner Ware oder seiner Dienstleistung kommen? Womit eigentlich die Frage nach den sozialen Ursachen einer Unsitte gestellt ist.

## In Kürze

Die reputierte «Encyclopaedia Britannica» ist in ihrer 15. Ausgabe herausgekommen und bemüht sich, den zeitgemässen Ansprüchen gerecht zu werden. Die Beiträge über die Sowjetrepubliken sind von sowjetischen Autoren verfasst worden, welche die Agentur «Nowosti» ausgesucht hat. Man wende sich vertrauensvoll an die Leute vom Fach, die zum Beispiel von den baltischen Deportationen nach dem Hitler-Stalin-Pakt und nach seiner Beendigung nie etwas gehört haben und im übrigen Begriffe wie «Demokratie» oder «Wahlen» oder «Souveränität» so verwenden, wie wir das in unserer jüngsten Sondernummer gezeigt haben. Erklärte Ziele der «Encyclopaedia»-Herausgeber sind Objektivität und Unparteilichkeit. Wobei die «Nowosti»-Version von Stand und Geschichte der UdSSR genauso objektiv und unparteilich ist wie seinerzeit eine Schilderung von Nazideutschland durch den Reichspropagandaminister Josef Goebbels.

\*

Nicht alles, was die sowjetische Landwirtschaft dieses Jahr produziert hat, ist eine Missernte; ganz im Gegenteil: Es gibt auch eine Rekordernnte zu verzeichnen. Allerdings auf einem speziellen Sektor.

So hatte die «Komsolskaja Prawda» (15. 8. 1975) feststellen müssen: «Die persönlichen Nebenwirtschaften sind wohlgepflegt. Sie weisen kein Unkraut auf, und ihre Erträge bewegen sich auf Rekordhöhe. Das gleiche kann man von den Kolchosfeldern nicht sagen.»

In der Tat. Das lässt sich so wenig sagen, dass man die Bevölkerung über die Getreidekäufe im Ausland immer noch nicht orientiert hat.

Inzwischen liefern die von den Kolchosbauern privat bebauten Hofstellen ein Viertel der landwirtschaftlichen Gesamtproduktion (namentlich Geflügel, Eier, Früchte und Gemüse), und es ist der qualitativ eindeutig bessere Teil. Dabei sollten sie 4 Prozent der Anbaufläche nicht übersteigen und pro Familie höchstens eine halbe Hektare umfassen.



«Darf ich nun mitspielen?» (Nr. 38/1975)

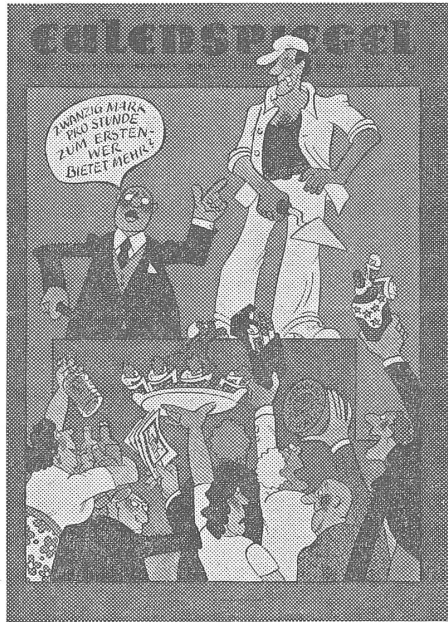
Die zwinkernde Frage zeigt, dass die altklugen Kinderchen in Sachen Bestechung schon Bescheid wissen. «Früh krümmt sich...?» Aber nein, wir haben es doch unterdessen besser gelernt: Der Mensch ist ein Produkt seiner (gesellschaftlichen) Umgebung.

In der kapitalistischen Gesellschaft ist das Geld das Mass aller Dinge und die private Profitgier der Motor allen Lebens. Und deshalb werden Dinge wie aktive oder passive Bestechung, Begünstigung und illegale Bereicherung denn auch durch dieses System bedingt oder verursacht, wie man zeitgemäss sagt.

Seltsam ist es allerdings, dass dort, wo man diese Ursache oder vielmehr Verursachung abgeschafft hat, die gleichen Dinge auch vorkommen — oder sogar erst recht. Das sind dann jene berühmten «Ueberreste der Vergangenheit», die bloss die Eigenschaft haben, sich parallel zum Ausbau des alternativen Systems weiterzuentwickeln. Auf der Unterstufe haben sie zum Beispiel praktisch das ganze Dienstleistungssystem belegt, das überhaupt nicht mehr funktionieren würde, wenn es sich auf seine ideologiegerechte Funktionen beschränkte. Auf der Oberstufe gibt es sie auch; nur dürfen sie dort nicht so regelmässig angeprangert werden.

«Eulenspiegel», Ostberlin

Alles wie geschmiert



«Zwanzig Mark pro Stunde. Zum ersten... Wer bietet mehr?» (Nr. 29/1975)

Während der offiziellen Arbeitszeit zu 2.50 Mark Stundenlohn bummeln die Bauarbeiter, aber dafür sind sie nach Feierabend als Schwarzarbeiter für private Aufträge zu haben, denn z. B. für Reparaturen kann man bei den staatlichen Unternehmungen eine Ewigkeit anstehen. Die 20 Mark sind satirisch übertrieben, aber 10 Mark liegen ohne weiteres drin.

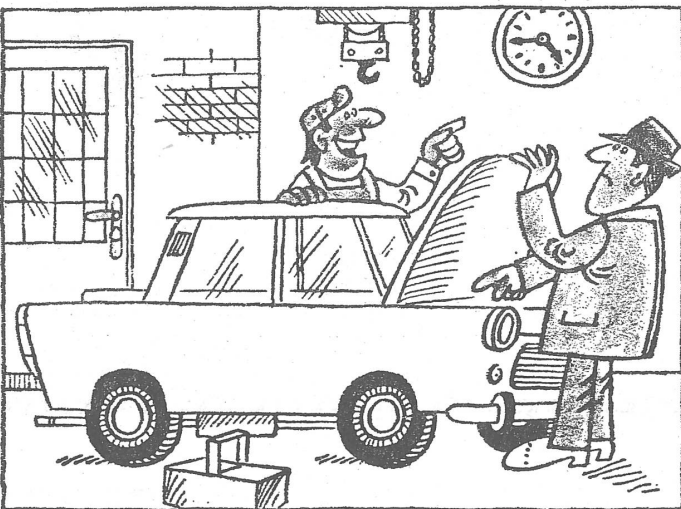


«Ihnen brauch ich wohl nicht viel zu erzählen. Sie werden selbst die Stellen finden, die umgedeckt werden müssen!» (Nr. 38/1975)

Die Dienstleistungsbetriebe arbeiten zu garantierten Fixpreisen. Aber damit sie arbeiten, braucht es noch ein paar vertraulich zugesteckte Scheine.



Mit Vitamin B zur guten Ausbildung: «Die guten Lehrstellen sind zwar schon besetzt, aber den Kindern guter Bekannter werden wir den beruflichen Aufstieg nicht versauen.» (Nr. 29/1975)



«In ner Viertelstunde ist Feierabend. Dann werden Sie sofort bedient!» (Nr. 36/1975)

Denn nach Geschäftsabschluss beginnt die Arbeit auf eigene Rechnung lohnend zu werden. Vorher hat man kein Interesse daran, und der Kunde kann warten.